



Vom Staat alleingelassen

STANDPUNKT

Eine Studie im Auftrag des Versorgungswerks Metall-Rente hat herausgefunden: Die junge Generation ist zwar bereit, eigenes Geld in die Altersvorsorge zu investieren. Diese Verantwortung erwartet sie allerdings auch von der Politik und hofft, dass der Staat sie bei ihrer Vorsorge für ihr Alter nicht im Stich lässt. Die gesetzliche Rentenversicherung ist in den Augen vieler Jugendlicher wichtiger geworden. Die Mehrheit befürwortet, dass alle in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollten.

Die junge Generation hofft, dass der Staat sie bei der Vorsorge fürs Alter nicht im Stich lässt.

Fotos von links: Angel Luis Simon Martin, Günter Slabihoud/ beide panthermedia.net

Das gemeinsame Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall Metall-Rente hat zum zweiten Mal eine Studie in Auftrag gegeben, die Wissen, Einstellungen und Mentalitäten von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu Vorsorge und Finanzen erkundet. Eine repräsentative Stichprobe von 2500 Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Alter zwischen 17 und 27 Jahren wurde vom Forschungsinstitut TNS Infratest befragt.

Die entscheidende Frage der Studie lautet: Nimmt die junge Generation den von der Politik eingeleiteten Systemwechsel bei der Altersvorsorge an? Ein Wechsel von der öffentlichen und automatischen Sicherung des Lebensstandards durch die gesetzliche Rente hin zu einer Teilsicherung. Plus eine zusätzliche persönliche Investition in betriebliche Altersvorsorge und private Altersvorsorge. Stellt sie sich der Herausforderung oder ist sie überfordert?

Sparwillig. Die Ergebnisse sind auf den ersten Blick ermutigend. Die 17- bis 27-Jährigen bilden eine leistungsorientierte Generation des pragmatischen Optimismus. Sie sind mobil und flexibel, haben Gemeinsinn und schätzen mehrheitlich Hilfsbereitschaft und gesellschaftliche Verantwortung. Und vor allem: Sie sind grundsätzlich bereit, sich um ihre Alterssicherung zu kümmern, obwohl sie in weiter biografischer Ferne und noch gar nicht im Horizont des Erlebbareren liegt.

Junge Menschen sind willens, sich bereits zwischen 17 und 27 auf ein Ereignis einzustellen, das erst in 40 Jahren für sie akut wird. Aber – und hier beginnt die weniger ermutigende Partie der Untersuchung – die jungen Leute sind angesichts internationaler Finanzkrisen und Eurounsicherheiten nicht bereit, auf volles Risiko einfach so »drauflos« zu sparen. Sie beklagen, dass sie viel zu wenig

WISSEN

Das will die IG Metall

Die gesetzliche Rente als erste Säule der Alterssicherung muss gestärkt werden. In der heutigen Form kann die betriebliche Altersvorsorge (bAV) nur eine Ergänzung aber kein Ausfallbürge sein. Die IG Metall schlägt vor, die bAV als zweite tragende Säule zu einem flächendeckenden System der Alterssicherung zu erweitern und sozialstaatlich auszugestalten. Sie fordert:

- eine Pflicht der Arbeitgeber, allen Beschäftigten eine bAV anzubieten;
- eine ausreichende und verbindliche – mindestens paritätische Beteiligung an der Finanzierung der bAV;
- verbindliche Regeln zur Sicherung der Betriebsrenten;
- sowie mehr Mitbestimmung.

staatliche Absicherung dafür haben. Sie sind einverstanden damit, eigenes Geld in die Altersvorsorge zu investieren, aber sie zögern damit und warten, dass Staat und Politik für eine sozial ausgleichende Rentenpolitik sorgen, die ihre Finanzdispositionen nicht ins Leere laufen lassen. Auf eigenes Risiko mühsam erarbeitetes Geld abzuzweigen und ohne jede staatliche Absicherung anzulegen – das widerspricht ihrer pragmatischen und selbstbewussten Art.

Garantien gefordert. Die junge Generation in Deutschland erweist sich als äußerst nüchtern und zögerlich in finanziellen Dispositionen. Die politische Weichenstellung hin zu mehr Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge wird grundsätzlich akzeptiert, in der konkreten Umsetzung aber mit Skepsis gesehen. Es gefällt den 17- bis 27-Jährigen gar nicht, dass der Staat sie in eine

Eigenverantwortung entlassen will, ohne Mindestgarantieren für den Fall anzubieten, dass Finanz- und Wirtschaftskrise anhalten und das hart Ersparte seinen Wert verliert. Sie sehen realistisch, wie unsicher es noch immer ist, einen fair bezahlten und unbefristeten Arbeitsvertrag zu erhalten. Sie haben durchaus Zweifel, ob sie zukünftig finanziell über die Runden kommen. Trotz eines grundlegenden Optimismus, der für sie typisch ist, schleichen sich immer wieder Ängste vor Arbeitslosigkeit und Armut ein, auch wenn diese Ängste gegenüber der ersten Studie aus dem Jahr 2010 wegen der guten Wirtschaftsentwicklung in Deutschland schon etwas weniger geworden sind.

Wer heute ins Berufsleben einsteigt, dem werden in 40 Jahren gerade mal 40 Prozent des Bruttoeinkommens als gesetzliche Rente ausgezahlt. Das lässt Unsicherheiten aufkommen. Vor allem bei jungen Menschen mit geringem Bildungsgrad und niedrigen Berufsqualifikationen ist die Befürchtung groß, im Alter nur eine Mindestversorgung zu erhalten, von der sie nicht leben können. Ohne es immer auszusprechen, haben sie Angst vor einer Altersarmut. Die Studie offenbart ein Dilemma: Je höher diese Befürch-

Zum Autor



Foto: Vincent Mosch

Klaus Hurrelmann gehört zu den bekanntesten Kindheits- und Jugendforschern in Deutschland. Der 69-jährige Professor lehrt an der Hertie School of Governance in Berlin. Er ist Mitherausgeber der letzten drei Shell-Jugendstudien und übernahm zum zweiten Mal die wissenschaftliche Leitung der Studie »Jugend, Vorsorge, Finanzen« des Versorgungswerks.

tungen sind, desto geringer ist die Bereitschaft und Fähigkeit der jungen Leute, betrieblich oder privat Geld zurückzulegen, um Altersarmut vorzubeugen. Der geringe Bildungs- und Qualifikationsgrad führt zu einer großen Verunsicherung, was man konkret tun könnte. Am Ende geschieht gar nichts. Man fühlt sich blockiert. Das Ergebnis: Viel zu wenige Junge sorgen vor. Es sind vor allem die, bei denen es objektiv besonders dringlich wäre.

Überfordert. Das Wissen über Altersvorsorge, die eigenen finanziellen Kenntnisse und Handlungskompetenzen – auch das zeigt diese Untersuchung – sind unzureichend. Mehr als ein Drittel der Jugendlichen fühlt sich von den angebotenen Informationen über finanzielle Dinge überfordert: »Was ich über finanzielle Dinge höre, ist für mich zu kompliziert und wenig durchschaubar«, klagen die Befragten. Sie wenden sich in ihrer Not an die Eltern und Verwandten, an Freunde, Bekannte und das Internet. Aber das reicht nicht, um auch nur einigermaßen nachhaltige und treffsichere Entscheidungen zu fällen. Finanzberater besitzen diese Kompetenz. Doch seit der Finanzkrise ist das Vertrauen in sie erschüttert wie noch nie.

Die Schulen stellen die zentrale und glaubwürdige Instanz dar, die diese Lücke zu elementaren Fragen des Wirtschaftslebens schließen könnte. Sie erfüllen diese Aufgabe aber schlecht.

Obwohl die Themen Wirtschaft und Finanzen die öffentliche Debatte prägen – in den Schulen spielen sie im Unterricht kaum eine Rolle. Sie sind im traditionellen Lehrplan der meisten Schulen nicht enthalten. Schulen sind heute sozusagen ein wirtschaftsfreier Raum. Damit verlieren sie als Institution an Autorität und stärken die Zweifel der jungen Generation, dass Staat und Politik ihnen genügend Beistand bei der Bewältigung einer der wichtigsten persönlichen Zukunftsaufgaben geben. ■

hurrelmann@hertie-school.org

DAS STICHWORT

Ren|ten|an|pas|sung, die;

Am 1. Juli werden die gesetzlichen Renten wie jedes Jahr »angepasst«, das heißt erhöht. Während sie in Ostdeutschland um 3,29 Prozent zulegt, steigen sie in Westdeutschland nur um 0,25 Prozent. Viele Rentner im Westen sind darüber empört. Vor allem weil das Plus angesichts einer Inflationsrate von etwa zwei Prozent faktisch ein Minus ist.

Die Anpassung orientiert sich an Formeln, die durch ständig neue politische Eingriffe im Laufe der Zeit immer komplizierter und undurchschaubarer geworden sind. Ein Ziel dabei war, die Renten zu kürzen.

Zwar gilt als Grundprinzip: Die Renten steigen wie die Bruttoentgelte des Vorjahrs. Dabei wird die allgemeine Lohnentwicklung berücksichtigt, aber auch die bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also den Rentenbeitragszahlern. Doch hinzu kommen Faktoren, die die Erhöhungen »dämpfen«. Erstens der »Nachhaltigkeitsfaktor«: Wie stark er die Renten senkt, hängt davon ab, wie sich das Verhältnis von (mehr wer-

henden) Rentnern zu den Beschäftigten entwickelt. Zweiter Faktor sind die steigenden »Altersvorsorgeaufwendungen« der Erwerbstätigen für ihre gesetzliche und private Altersvorsorge.

Aktuell wirkt zudem ein Ausgleichsfaktor: Weil in der Krise die Löhne schrumpften, vor allem im Westen, hätten auch die Renten 2009 sinken müssen. Um das zu verhindern, gab es eine »Rentengarantie«. Deren Kosten wurden danach schrittweise wieder hereingeholt. Da sich die beitragspflichtigen Löhne im Osten anders entwickelten als im Westen, wurden hier die Zusatzkosten schon 2012 ausgeglichen, im Westen noch nicht. So erklärt sich, dass die Renten im Osten 2013 stärker steigen als im Westen. Die Ostrenten hinken immer noch hinter denen im Westen her, aber sie holen auf. ■

Sylvia.Koppelberg@igmetall.de

Ein Interview zum Thema mit IG Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban:

► igmetall.de/rentenanpassung

ARBEIT UND GESUNDHEIT

Kampf gegen Überlastung

Kaum Luft holen, kein Durchatmen: das nächste Projekt, der dringende Auftrag, das kurzfristige Kundengespräch. Der Arbeitstag ist oft bis an die Grenze vollgefüllt. Für immer mehr Beschäftigte geht er weit über die Belastungsgrenze hinaus.

Für vier Fünftel aller Beschäftigten, das erwies eine repräsentative DGB-Umfrage von 2012, ist die Arbeitsintensität in den vergangenen Jahren weiter

gestiegen, für mehr als die Hälfte in beträchtlichem Ausmaß.

Die IG Metall macht sich deshalb für eine Anti-Stress-Verordnung stark, die Beschäftigte vor Überlastung am Arbeitsplatz schützt. Und auf einem Anti-Stress-Kongress in Berlin werden nun betriebliche Präventionsstrategien gegen arbeitsbedingten Stress diskutiert.

► igmetall.de/anti-stress-initiative